

Die PU als Stimme im Ausserrhoder Politikonzert

Hanspeter Strebel Journalist und Historiker

(leicht gekürzte Fassung eines Referats an der HV der PU vom 25. April 2015 in Hundwil)

Einleitung

Es ist eine besondere Ehre vor der mit Abstand grössten Volksvertretung des Kantons aufzutreten, denn weitaus die meisten Ausserrhoderinnen und Ausserrhoder sind nie einer Partei beigetreten und werden es – so wie Sie – auch nie tun.

Die Einladung hat mich in einem für Sie besonderen Moment erreicht, denn sie erfolgte kurz nachdem mit Alfred Stricker ein Regierungsrat gewählt worden war, der sich ausdrücklich als parteiunabhängig deklariert und auch das Versprechen abgegeben hat, es zu bleiben. So wie ich ihn einschätze, wird er dieses Wort auch halten.

Vor zwei Wochen, dann kam ein für Ihre Gruppierung etwas weniger euphorischer Moment mit Sitzverlusten bei den Kantonsratswahlen, die allerdings nicht überraschend kamen und nicht auf die Qualität der PU-Kandidaten zurückzuführen ist, sondern vorab auf die neue Sitzverteilung zu Lasten der kleinen Gemeinden. Ihr Präsident hat denn auch in einem Zeitungsinterview gelassen reagiert. Der Artikel war auch entsprechend betitelt: „Kein Katzenjammer bei PU“.

Bei den gleichzeitigen Gemeindewahlen sah es weit besser aus. Dort sind viele Parteiunabhängige mit guten Resultaten gewählt oder bestätigt worden, auch in den Gemeindepräsidien. Insgesamt dürfte mehr als die Hälfte der Gemeindepräsidien in der Hand der PU sein, auch wenn das „in der Hand“ vielleicht der falsche Ausdruck ist, weil man ja erklärermassen keinen Machtanspruch erhebt.

Soweit die jüngste Ausgangslage, auf die ich aber nicht weiter eintreten werde. Ich probiere etwas grundsätzlicher an das Thema heranzutreten.

Wie definieren sich Parteien und wie sind sie entstanden?

Schon aus dem Jahre 1854, also sechs Jahre nach der Geburt des neuen Bundesstaates, hat der Bundesrat zur dannzumal noch ungewohnten Erscheinung der Parteien Stellung genommen. Die Landesregierung definiert dabei die Parteien als Hauptträger der politischen Willensbildung. Sie hätten ihre Aufgaben bei der Organisation von Wahlen und in der Schweiz als direkte Demokratie auch von Volksabstimmungen.

In seinem Standardwerk über die politischen Parteien in der Schweiz ist der Historiker Erich Gruner zu einer ganz ähnlichen Definition gekommen: Parteien seien wichtig bei Wahlen und der Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Sie seien die Hauptträger der politischen Willensbildung.

Parteien werden als Einrichtungen bezeichnet, mit deren Hilfe Gruppen von Bürgern Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen wollen. Jede Entscheidung (Sachabstimmung oder auch Wahl) setzt nach Gruner eine Auswahl voraus, zunächst unter Anschauungen oder Ansichten, die Gruppen oder eben Parteien über die Staatsform und die Gestaltung der staatlichen Tätigkeit hegen. Parteien mit ihren Programmen, sind also Träger von Ideen (die Theorie redet auch von familles spirituelles). Oder Parteien seien eine Art Filter- und Bündelungsorganisationen, welche Bürger gleicher oder ähnlicher Ansichten vertreten. Damit Programme aber in die Tat umgesetzt werden, ist es nötig, dass ein bestimmter Kreis von Anhängern die die Fahne gesammelt werden kann. Parteien verwandeln den Privatmann in ein „zoon politicum“, das heisst in ein politisches Lebewesen. Parteien integrieren ihn in die politische Gemeinschaft und ermöglichen ihm, sich verantwortlich am Ganzen zu

beteiligen. Sie haben auch die Aufgabe, die Verbindung zwischen Staat und Bürger herzustellen, indem sie einerseits die Interessen der Parteimitglieder oder – sympathisanten gegenüber den staatlichen Institutionen artikulieren, andererseits deren Entscheidungen gegenüber den Bürgern erklären und die Konsequenzen einordnen.

Dass der Staat für sein Funktionieren ein grosses Interesse an den Parteien hat, zeigt sich auch in den immer wieder aufkommenden Diskussionen um Parteifinanzierung Radikaler, aber in der Schweiz weniger zutreffend, sondern vor allem in Amerika und bis vor kurzem auch in Grossbritannien ist die Definition des grossen Staatstheoretikers Max Weber. Er bezeichnet die Parteien als Träger und Hilfsmittel des Machterwerbs. In Amerika wird ja je nach Wahlausgang jeweils die ganze Administration völlig ausgewechselt und mit Unterstützern der siegreichen Partei besetzt.

Was heisst parteiunabhängig?

Es folgen nun ein paar Gedanken über die Parteiunabhängigkeit. Als erstes zitiere ich den sowjetischen Literatur -Nobelpreisträger und im Kalten Krieg weltberühmten Dissidenten Alexander Solschenizyn in einem Spiegel-Interview von 2007:

„Ich bin ein überzeugter und konsequenter Kritiker des Parteien-Parlamentarismus und Anhänger eines Systems, bei dem wahre Volksvertreter unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit gewählt werden. Die nämlich wissen dann um ihre persönliche Verantwortung in den Regionen und Kreisen, und sie können auch abberufen werden, wenn sie schlecht gearbeitet haben. Ich sehe und respektiere Wirtschaftsverbände, Vereinigungen von Kooperativen, territoriale Bündnisse, Bildungs- und Berufsorganisationen, doch ich verstehe nicht die Natur von politischen Parteien. Eine Bindung, die auf politischen Überzeugungen beruht, muss nicht notwendigerweise stabil sein, und häufig ist sie auch nicht ohne Eigennutz.“

Wikipedia definiert parteiunabhängige (also keiner Partei angehörend oder keiner Partei verpflichtet) als Personen oder Organisationen, die ohne engere Bindung an eine politische Partei agieren. In loser Form können sie aber durchaus mit solchen kooperieren.

Keinesfalls also sind Parteiunabhängige politische Eunuchen. Parteien sind bei Wahlen (vor allem von Proporzahlen), gerade auf unteren Ebenen immer mehr sogar erpicht, Parteiunabhängige auf ihre Listen zu nehmen. So können sie Offenheit oder Bürgernähe demonstrieren oder zum Beispiel von bekannten Persönlichkeiten (etwa aus dem Sport oder den Medien) Zulauf erwarten. Auch Personen mit gesellschaftlichem Prestige, zum Beispiel bei der Hilfsorganisation sind durchaus willkommen. Vorausgesetzt wird aber wohl immer eine gewisse Nähe in der Weltanschauung.

Tätigkeiten in Gewerkschaften oder anderen Standesvertretungen sind meistens offiziell parteiunabhängig, in der Regel aber mit loser Parteibindung verknüpft. Das gilt auch etwa für Umweltschutzorganisationen, obwohl diese meistens durchaus sehr politisch sind, aber nicht (fast zwingend) eine Parteizugehörigkeit verlangen. Im Gegenteil besteht dann die Gefahr, dass solche Organisationen in eine politische Ecke gedrängt werden und deshalb an Potenzial von Mitgliedern verlieren.

Zusammengefasst: wer keine Partei angehört und sich bewusst parteiunabhängig deklariert, ist keineswegs ein politischer oder gesellschaftlicher Paria, mit dem niemand etwas zu tun haben will. Ihm eröffnen sich zahlreiche Chancen. Voraussetzung ist, dass er sich in irgend einem Bereich einen Namen gemacht und sich auch exponiert hat, so dass man ihn im Dorf, der Region oder dem Kanton kennt.

Besonderheiten im Kanton Appenzell Ausserrhoden

Zu allererst möchte ich das Fehlen eines Zentrums, einer Hauptstadt oder eines Hauptortes nennen. Dabei geht es nicht darum, dass die Hauptortfrage in der Verfassung noch immer nicht geregelt ist, auch wenn man Herisau gerne als „unverbrieften Hauptort“ bezeichnet. Ich denke bei dieser Frage aber an die Stadt St.Gallen, wohin und über das (fast) alle Wege führen, das eine grosse Sogwirkung ausübt und fast das ganze Appenzellerland sozusagen in den Stand einer Agglomeration herabwürdigt. Das Vorderland kippt überdies Richtung Rheintal und Bodensee und hat mit Herisau und dem Hinterland, vornehm gesagt, wenig zu tun, wenn es nicht die politischen Bande gäbe. Das ist für Ausserrhoden eine etwas spezielle Situation, aber so einzig ist sie auch nicht. Wenn wir nur schon beim „grossen“ Nachbarn schauen: Auch das Linthgebiet und das Sarganserland sind sozusagen Launen der grenzziehenden Geschichte und nicht der engen Bande zur Stadt St.Gallen. Ähnliches gilt wohl auch für andere Kantone, denken wir etwa an das Berner Oberland oder den Berner Jura und ihre Beziehungen zur Stadt Bern.

Aber eine wirkliche Besonderheit ist die Kleinräumigkeit und die topografische Kammerung des Kantons Appenzell Ausserrhoden mit seinen Högern und Töbeln. Politisch wirkt sich das in einer selten ausgeprägten Gemeindeautonomie aus. Der Gemeindeverband übernimmt immer noch mehr Aufgaben als anderswo, auch wenn vor allem finanzielle Erwägungen und technische Sachzwänge in den letzten Jahren zu Änderungen geführt haben (Steuereinzug und -veranlagung, Zivilstandsämter, Grundbuch usw). Nirgends sonst sind für so viele Belange weder Kanton noch Gemeinden zuständig, sondern noch immer ist die genossenschaftliche Selbsthilfe ausgeprägt (etwa in Korporationen. Das gilt etwa für Gewässerkorrekturen, Strassenunterhalt, Beleuchtung, Forst, Alpen usw.

In solchen Strukturen haben nicht politische Parteien das Sagen, sondern gefragt sind tatkräftige Persönlichkeiten, die so auch Bekanntheit erlangen und einen Leistungsausweis erbringen können, die aus ihnen ein Reservoir von parteiunabhängigen Politikern bilden können.

Eine andere Besonderheit, weshalb Parteien in Ausserrhoden so spät und so schwach eine Rolle gespielt haben, sind sicher auch die Lesegesellschaften, als unabhängige Diskussionsforen und Kulturträger, die ursprünglich und zum Teil (ich denke an das Vorderland) noch immer, ihren politischen Einfluss hatten und ausübten und auch Persönlichkeiten stellten, die sich in die Politik einbrachten, ohne in einer Partei organisiert zu sein.

Eine Rolle, in der Entwicklung der Parteien und der Tatsache, dass Persönlichkeiten und Beruf lange weit wichtiger waren als Parteibüchlein, ist natürlich auch die Landsgemeinde, die dies gefördert hat. Unzählige Beispiele gibt es im 20. Jahrhundert, dass nicht jene Männer (Frauen kamen ja bekanntlich sehr spät, aber das ist eine andere Geschichte), dass also jene Männer gewählt wurden, die gerade nicht den offiziellen Segen der Parteioberen und der Parteidelegierten hatten. Die Landsgemeinde war häufig sehr unberechenbar, auch wenn man kein Diskussionsrecht hatte und für oder gegen einen Kandidaten werben konnte. Es gab gerade bei mehreren Wahlgängen oft rational kaum nachvollziehbare, sondern emotional zustande gekommene Ergebnisse. Trotzdem wurden kaum je Parteiunabhängige gewählt, der Freisinn hat fast alle valablen Politiker im Voraus verschluckt, und wo nicht, wurden sie nach der Wahl gegängelt und „eingebunden“. Zuletzt war dies bei Alice Scherrer und Gebi Bischof der Fall.

Als letzten Punkt in diesem Abschnitt über die Besonderheiten in Ausserrhoden muss natürlich auch das Wahlsystem für die Kantonsratswahlen erwähnt werden. Es ist ihnen allen bekannt, dass das der wohl der Pferdefuss für das Überleben nicht oder relativ lose organisierter Parteiunabhängiger wäre. Nicht umsonst hat sich die im Kantonsrat zweitstärkste Gruppe der Parteiunabhängigen bei all den verschiedenen Anläufen für den Übergang zum in

der Schweiz gängigen Proporzsystem gewehrt (zusammen mit der FDP, aber diese, weil sie um ihre Vormacht fürchteten).

Mit dessen Einführung wäre es auch mit den Gemeinden als Wahlkreisen vorbei. Es müssten grössere Gebilde konstruiert werden, wohl wieder die alten, nicht mehr in der Verfassung, aber sehr wohl in den Köpfen existierenden Bezirke plus Herisau als weitaus bevölkerungsreichste Gemeinde.

Ich verweise hier auf einen Artikel des Politologen Daniel Bochsler, der Mitte Februar in der Appenzeller Zeitung erschienen ist. Er zitiert dabei das jüngste Bundesgerichtsurteil in dieser Angelegenheit. Das Urteil des höchsten Gerichts, hat der Appenzeller Eigenart der Wahlen von Persönlichkeiten weit vor denjenigen nach Parteibuch Respekt gezollt und hat wegen der Stärke der PU im Kantonsrat den Majorz im Moment weiterhin als zulässig erachtete. Der genannte Politologe hat aber nachgewiesen, dass die Parteipolitik vor allem in den mittelgrossen Gemeinden weit stärker Einzug gehalten habe, als man das gemeinhin angenommen hatte. In Teufen, Heiden und vor allem in Speicher hätten die Wählerinnen und Wähler zwischen 73 und 83 Prozent in erster Linie nach Parteibuch entschieden. In Herisau treten seit Einführung des Proporz gar keine Parteiunabhängigen mehr an. Neue Untersuchungen über die jüngsten Wahlen liegen noch nicht vor, aber der Trend dürfte sich fortgesetzt haben, weil die grösseren Gemeinden ja noch Sitze dazu gewannen. Der Autor glaubt denn auch, dass das Bundesgericht „im Unwissen über die exakten Verhältnisse“ geurteilt habe und bei einer neuen Klage durchaus auch anders entscheiden könnte. Ich möchte die Meinung dieses Studienautors nicht werten, aber sie zeigt auf jeden Fall, dass sich die Diskussion über das Wahlsystem auch nach der letzten Abstimmung zugunsten des Majorz keineswegs abgeschlossen ist.

Der Einstieg der SVP in die Kantonspolitik

Nachdem wir nun die wirklichen und auch die eher mythenhaften Besonderheiten in Ausserrhoden etwas besprochen haben, noch ein Blick auf die jüngere Vergangenheit der Parteipolitik im Kanton, die sich immer auch auf die Parteiunabhängigen auswirkt. Die grosse Zäsur ist für mich nicht die Einführung des Frauenstimmrechts, nicht der Untergang der Kantonalbank und auch nicht das Ende der Landsgemeindedemokratie, sondern der Aufstieg der SVP, nachdem der Kanton vor allem durch den Eifer von Sepp Brülisauer und die starke Unterstützung der nationalen SVP unter Blocher und Maurer (die mehrmals persönlich vor Ort waren) mit einer Gründungswelle von Ortsparteien überzogen worden war. Dank dem Majorzsystem hat es sich im Kantonsrat noch nicht stark ausgewirkt, aber nachdem die SVP mit Jakob Freund ein Nationalratsmandat eroberte, zerbrach die traditionelle Parteipolitik im Kanton ein Stück weit.

Die FDP konnte es sich nun nicht mehr erlauben, in einer Art freiwilligen Proporz der Linken eines der damals noch drei Bundesmandate zu überlassen und sie konnte es auch nicht länger tolerieren, dass die SP in der Kantonsregierung quasi einen Sitz auf sicher hatte. Wenn die FDP nicht nach allen Regeln der Kunst für ihre parteipolitischen Interesse gekämpft hätte, wäre sie von der SVP noch stärker bedroht worden, als dies ohnehin schon der Fall war. In der Folge gaben sich auch die anderen Parteien stärkere Strukturen und traten energischer auf. Der Kantonsrat erhielt Fraktionen. Die Vorsitzungen nach Regionen unabhängig der politischen Ausrichtung wurden aufgehoben, die Regierungsräte stärker an ihre Parteien gebunden. Das Ausserrhoder Parlament unterscheidet sich nun nicht mehr stark von anderen Kantonsparlamenten, ausser dass die Sitzordnung noch immer nach Gemeinden und nicht Fraktionen vorgeschrieben ist und sich halt eben immer noch viele Mitglieder als parteiunabhängig bezeichnen. Allerdings hat man sich als PU auch umstrukturiert und sich als Fraktion organisiert, ja sogar eine gemeinsame Grundlage (Charta genannt) gegeben.

Die PU

Im Laufe einer offenbar mehrjähriger Vorbereitungszeit hat ein Gründungskomitee unter anderem Statuten erarbeitet und vor fast genau einem Jahr am 26. April 2014 in Hundwil einen Verein gegründet, also das getan, was auch die etablierten Parteien in ihrer Entstehungsphase machten. Meines Wissens sind alle Parteien als Vereine konstituiert. Seither sind die Parteiunabhängigen quasi offiziell. Irgendwann vorher (vermutlich bei der Fraktionsgründung) war einmal der Begriff parteilos in parteiunabhängig geändert worden und das hat sich dann auch in den Medien rasch eingebürgert. Wer dafür verantwortlich war, weiss ich nicht. Ein SP-Mann hat mir jedenfalls gesagt, das sei ein sehr kluger Schritt gewesen, denn parteilos, töne so etwa wie charakterlos, skrupellos, ohne Meinung oder ähnlich. Das – „los“ also scheint viele gestört oder irritiert zu haben. Das „los“ sind Sie nun aber los.

Mit den Statuten haben Sie auch definiert, dass man ihre Gruppierung mit Grossbuchstaben auch in der Abkürzung schreibt. Vorher waren sich die Berichtersteller der Kantonsratsverhandlungen nie ganz sicher, und man hatte immer etwas ein unschönes Chrüsimüsi an Bezeichnungen.

Natürlich gab es schon lange vor der Begriffsdefinierung Parteiunabhängige oder eben Parteiose. Aber den nicht Eingeweihten, war es nicht möglich, die Zusammensetzung des Kantonsrates dazulegen. Ich erinnere mich an meine Journalistenzeit als Leiter einer Nachrichtenagentur in der Ostschweiz (spk), dass ich xmal meinen in Bern sitzenden Chefen erklären musste, dass ich am Wahltag nicht imstande sei, eine Liste der Sitzverschiebungen liefern zu können, weil eben nicht exakt auszumachen war, wer sich wo einordnet. Gefragt war am Abstimmungsabend die unmissverständliche Statistik der Mandatsgewinne und – verluste. Dann wollte man allenfalls noch wissen, wie sich der Frauenanteil verändert habe und das war es dann, was Ausserkantonale vom Wahlsonntag interessierte. Da tönte es wenig glaubhaft, wenn man bei gewissen Gewählten noch spekulieren musste, wo sie sich allenfalls noch hinwenden werden, bzw. ob sie völlig ohne Partei oder Fraktion politisieren wollten. Das hat sich allerdings geändert. Nun schon seit einigen Jahren ist im Staatskalender offiziell vermerkt, wer sich wo einordnet. Auch der Begriff parteiunabhängig taucht auf, allerdings in einigen Fällen mit einem Sternli-Vermerk für einen Fraktionsanschluss an eine andere Partei, (meist FDP oder SP). Also kann man am Wahlabend auch heute noch immer nicht genau sagen, wie die Sitzverteilung ist. Das klärt sich meist erst in den nächsten Wochen. Es ist anzunehmen, dass die besagten Parteien noch eifrig Lobbying beim einen oder anderen Gewählten betreiben. Dies häufig erfolgreich wie bis vor etwa 20 Jahren bei den Regierungskandidaten..

Die Statuten, die sie sich als PU vor einem Jahr gegeben haben, unterscheiden sich nicht wesentlich von denjenigen anderer Parteien, ausser dass zum Beispiel keine schweizerische Mutterpartei angegeben ist – oder auch kein Bekenntnis zu einem Standpunkt, wie dem bürgerlichen, dem liberalen oder dem Einstehen für Minderheiten. Die Formulierungen sind offen und modern. Besonders beeindruckt, hat mich im Zweckartikel der Punkt Motivierung der Einwohnerinnen und Einwohner für eine Tätigkeit in der Öffentlichkeit. Denn hier gibt es schon heute teilweise Probleme, auch wenn bei den jüngsten Wahlen fast überall Personen gefunden werden konnten. Bei diesem Motivierungsauftrag sollte es aber um mehr als einigermassen prestigeträchtige politische Ämtli gehen. Engagement in der Öffentlichkeit ist auch ausserhalb der Politik möglich und gefragt.

Statuten braucht ein Verein, aber sie sagen noch nicht viel aus. Sie als PU verzichten auf ein Parteiprogramm, sondern nennen ihre Leitlinien sehr traditionsgerecht Charta. Sicher kennen Sie die Magna Charta von 1215, als der englische König dem Adel Rechte einräumen musste, oder etwa die Charta der Vereinten Nationen. Es geht bei Charten fast immer um Freiheiten. Das heisst mit diesem Begriff gehen Sie auch Verpflichtungen ein. Sie konkretisieren das

auch, indem sie sich zu einem konsensorientierten, sachlichen, engagierten, selbstbewussten und ehrlichen Politstil bekennen und die Sachpolitik in den Vordergrund stellen. Dem Namen Charta gemäss betonen Sie auch, dass Sie sich verbindlich für Freiheit, Demokratie und Unabhängigkeit einsetzen. Interessant finde ich auch die Formulierung, dass Sie sich mit Verlautbarungen und Interventionen zurückhalten, wenn Ihnen zu einem Geschäft die nötige Kompetenz fehlt. Wenn das alle so machen würden, wären die Kantonsratssitzungen schon vor der ersten Kaffeepause fertig und die Zeitungen könnten ihren Lokalteil massiv reduzieren. Ebenfalls wohl eher neu in einem Programm einer Gruppierung ist, dass man sich ausdrücklich auf ein konsensorientiertes Handeln und auf ein verbindendes statt trennendes Handeln verpflichtet. Ich gratuliere Ihnen zu diesen Charta-Formulierungen, die mich ebenso beeindruckten, wie seinerzeit die Diskussionen um die Präambel der Kantonsverfassung, die auch von diesen Grundgedanken durchdrungen waren.

Meinungen zu Stärken und Schwächen

In einer Mailumfrage bei mir persönlich bekannten Personen, die sich mit Politik befassen, habe ich versucht herauszufinden, wie es so über die PU tönt im Politland Ausserrhoden. Es handelt sich bei den Befragten um FDP-, SVP-, CVP- oder SP-Mitglieder sowie einem politisch versierten Journalisten.

Die erste Frage lautete: **Was bringen die PU der Kantons- bzw. Kommunalpolitik.**

Die erste (mehrfach gegebene) Antwort: *„Engagement, Arbeitskraft, Idealismus, wie die Parteigegebenen auch.“*

Oder etwas wortreicher: *„Sie bringen ihr ganz persönliches politisches Engagement und eine gewisse Unabhängigkeit ein. Ich habe Achtung vor ihrem Wirken. Schade finde ich einzig, wenn „parteiunabhängig“ glorifiziert und dadurch die Parteien schlecht geredet werden. (...) Wären alle PU, würde der Politik etwas fehlen. Als Teil des Systems begrüsse ich sie.“*

Eine weitere Antwort: *„PU bringen ein gewisses Potential von politisch aktiven Leute ein, das von den Parteien nicht erschlossen werden könnte. Diese sind früher manchmal der FDP beigetreten, weil dort im Prinzip Menschen mehr oder weniger alles sagen und denken konnten. In kleineren Gemeinden könnten die vielen Ämtli ohne Parteilose nicht besetzt werden.“*

Eine weitere Antwort: *„Die PU bringen ein erweitertes Meinungsspektrum in den Kantonsrat, sind ausserhalb dieses Gremiums aber noch zu wenig präsent.“*

Die Antwort von jemandem, der zunächst parteilos war und erst nach einer Wahl in ein Amt in die FDP eingetreten ist: *„Ich habe nie gefunden, ich hätte vor meinem Parteieintritt weniger geleistet, bzw. dies schlechter geleistet. Ich habe meine Engagements in Gemeinde, Region und Kanton immer angeschaut als meinen persönlichen Beitrag an die Gemeinschaft/Gesellschaft und habe mich den Menschen und der Sache verpflichtet gefühlt.“*

Eine im Grundsatz positive Meinung äussert auch ein weiterer Befragter: *„Die PU zeigen, dass Politik auch ohne Parteien möglich ist. Ausserrhoden verfügt immer noch über einen Rest der Landsgemeinde-Kultur. Mir passt das. Nicht alle PU entsprechen meinem Idealbild von einem unabhängigen Politiker.“* Genannt werden dann drei Beispiele, die nach Meinung des Befragten offenbar diesem Idealbild entsprechen: Marlies Schoch, Andreas Zuberbühler, Alfred Stricker. *„Früher waren die Freisinnigen übrigens auch mehr oder weniger PU, etwa zum Beispiel zuletzt noch Otto Schoch. Der Appenzeller ist grundsätzlich kein Parteigänger. Die heutige Gesellschaft bestärkt ihn dabei. Die PU haben eine grosse Tradition und ein grosses Gefäss an Ressourcen in der Bevölkerung. Sie können bewusst die sich zum Teil*

widersprechenden Meinungen platzieren, im Wissen, dass sie einen Grossteil der Bevölkerung vertreten. Das Sich-Nichtfestlegen ist vermutlich ihre Stärke.“

Letzte Meinung zu dieser Frage: „Auffallend ist, dass selbst in Kantonen mit einer gut ausgebauten Parteienlandschaft wie etwa Zürich, St.Gallen, Wallis die PU in den Gemeinderäten ohne Parlament eher zunehmen und sie werden dort weiterhin eine bedeutende und auch von den Parteien anerkannte Rolle spielen.“

Weitere Frage: **Haben die PU eine Zukunft?**

„Ja, überall dort, wo es Majorzwahlen gibt. Das wird in den Gemeinden (ausser Herisau) sowie bei den Regierungsratswahlen noch lange der Fall sein. Im Kantonsrat wäre der Proporz das Ende der dortigen PU.“

Eine andere Meinung: „Die PU werden weiterhin eine gute Zukunft haben, wenn sie inhaltlich profillos und ein reiner Parlamentarierclub bleiben. Die Parteien werden das Handeln der PU an der Charta messen und ihnen allfällige Verstösse von Mitgliedern um die Ohren schlagen.“

„Die Individualisierung nimmt in allen Lebensbereichen zu. Möglicherweise liegt darin eine Chance für die PU. Solange es Leute gibt, die sich für die Anliegen von Kanton und Gemeinden interessieren, die sich aber in den Parteien eingeeengt fühlen und nicht ihre ganze Energie in innerparteiliche Auseinandersetzungen stecken möchten, wird es die PU geben.“

„Ich sehe eine Zukunft in den PU vor allem in den heutigen Strukturen als Verein. Ich könnte mir vorstellen, dass sie auch in einem Proporzwahlsystem überleben könnten, wenn sie Listen von Gleichgesinnten machen. Dies weil die Bevölkerung der PU viel Sympathien entgegenbringen.“

„Eine Zukunft haben sie, wenn sie eine politische Position ausserhalb der ideologischen Lager einnehmen und dies glaubhaft vermitteln können“.

„Mit dem heutigen Wahlsystem (Majorz) werden sie weiterhin eine Chance haben, zumal die etablierten Parteien in einem harten Überlebenskampf stecken, Vor allem in den mittleren und kleinen Dörfern fehlt der Nachwuchs, der sich traditionell parteimässig engagieren möchte. Das Modell der PU ist daher sehr zeitgemäss. Wenn der Proporz eingeführt wird, würden sie aber vermutlich längerfristig unglaubwürdig.“

Letzte Frage: **Schaden die PU etablierten Parteien?**

„Jede politische Kraft bedeutet Konkurrenz für alle anderen. Man kann aber nicht sagen welche Parteien davon wie stark profitieren würden.“

„Die PU schaden allen Parteien insofern als sie das vorhandene Klischee bedienen und festigen, wonach Parteimitglieder keine eigenen Meinungen haben dürfen, also als Parteisoldaten abhängig von Apparatschiks sind.“

Ein dritter Befragter ist der Meinungen, dass die PU der FDP schaden, da diese auch ein sehr breites, schwer greifbares Gedankengut vertrete. (Hier darf ich sagen, dass das ein SVP-Exponent gesagt hat).

„ Sie schaden eher den Bürgerlichen, aber eigentlich sollte Vielfalt nie schaden.“

„Sie ziehen vor allem Wählerpotenzial von der Mitte ab und nehmen Kandidaten von FDP, CVP und EVP Stimmen ab. In der Sachpolitik stimmen die PU sehr oft mit der Mitte.“

Auch ein anderer Befragter zählt die PU zu den Bürgerlichen und billigt ihnen zu, sie stünden gegen Hegemonie-Ansprüche.

Ein weiterer bestätigt diese Aussage und weist noch darauf hin, dass Linksgesinnte sich traditionell eher parteimässig engagieren und auch linientreu sind.

„ Von schaden würde ich nicht sprechen. Sie sind aber in meinen Augen keine inhaltliche Bereicherung der ausserrhodischen Politik. Sie sind qualitativ weder besser noch schlechter

als Parteivertreter, also können sie auch ohne Schaden ersetzt werden. Tradition allein ist noch keine Qualität und die Tatsache, dass die Parteiunabhängigen die zweitgrösste Fraktion bilden, ist für mich keine erhaltenswerte Auszeichnung.

Mit dieser in Ihren Augen wohl wenig erbaulichen Aussage beende ich die Zitierungen

Schlusswort

Seit der Einführung des Frauenstimmrechts, der Ausarbeitung einer modernen Kantonsverfassung, der Abschaffung der Landsgemeinde und der Einführung von parlamentarischen Kommissionen und Fraktionen im Kantonsrat ist Ausserrhoden ein ganz normaler und mit anderen durchaus vergleichbarer Kanton geworden. Ein bisschen aus dem Durchschnitt sticht er vielleicht noch mit der Volkswahl und Bezeichnung des Landammanns, dem Wahlsystem des Proporz und der starken Rolle der Parteiunabhängigen im Kantonsrat. Alle diese drei Elemente, werden aber immer wieder auf den demokratischen Prüfstein kommen.

Beim Proporz gab es ja schon ein halbes Dutzend Anläufe, die im Kantonsrat oder vor dem Volk scheiterten oder irgendwie versandeten. Irgendwann aber wird mit einem Zeithorizont von vielleicht maximal 20 Jahren auch diese Mauer sturmreif sein, sei`s wie beim Frauenstimmrecht in Innerrhoden auf Geheiss der Justiz, sei es mit dem Druck einer weiteren Initiative.

Bis es soweit ist, hat sich aber ziemlich sicher auch das Gefüge der Gemeinden verändert, die zu Fusionen oder sonst zu stärkeren Zusammenarbeit gezwungen werden. Damit verändert sich automatisch auch die Frage der Wahlkreise. Die jüngsten Gesamterneuerungswahlen haben nicht zum ersten Mal gezeigt, dass je bevölkerungsstärker die Gemeinden, je grösser die Macht der Parteien, bzw. je kleiner die Chancen der PU sind. Das gilt vor allem für die Zusammensetzung des Kantonsparlaments.

Gute Leute, die sich keiner Partei anschliessen wollen, werden aber immer eine Chance haben und es bis in den Kantonsrat oder in die Regierung bringen. Auch eine eigene Liste zusammenzustellen, wenn die Wahlkreise grösser werden, ist durchaus möglich. Ob sie, wenn sie einmal gewählt sind, ihre Anliegen angesichts der Parteien-Übermacht auch durchbringen und nicht nur anerkennendes Nicken (wie teilweise in den Zitaten der Umfrage) finden, ist schwieriger abzuschätzen.

Mit der Gründung einer Gruppierung und dem Schaffen von minimalen Strukturen, sind die PU aber weit besser aufgestellt als auch schon. Dieser Schritt war aus meiner Sicht unausweichlich, auch wenn die Abgrenzung zu „richtigen“ Parteien nun nicht mehr ganz leicht fällt.

Was ich irgendwie nicht verstehen kann, ist wenn sich parteiunabhängige Personen wählen lassen, dann aber einer anderen Fraktion beitreten oder nach der Wahl sogar konvertieren. Mit Ihrem neuen Konstrukt bieten sie nun eine valable Alternative dass man parteiunabhängig sein und bleiben kann, so wie man Appenzeller sein und bleiben kann.

